

## **Rede des Vertreters der Arbeitsgruppe Quds bei der Demo am 12. September 2009 in Berlin**

Im Namen des Barmherzigen

Wir sind Deutsche und viele von uns sind Berliner. Ob Muslime oder nicht, hier in Deutschland ist unsere Heimat, auch wenn es für viele von uns die Wahlheimat ist. Wir leben hier zusammen und haben ein gemeinsames Schicksal. Wir haben aber auch gemeinsame Probleme, die wir nicht allein lösen können. Die Zionisten und ihre Verbündeten in den USA und in England haben viele Pläne was Europa, und auch unsere Heimat Deutschland angeht. Sie versuchen den Aufbau der EU nach ihren unberechtigten Interessen und entgegen den Interessen der europäischen Völker zu beeinflussen.

Wie wir gesehen haben stimmt die Aufteilung der politischen Kräfte in Rechts und Links nicht mehr mit der klassischen Aufteilung, wie wir sie von früher kennen, überein, sondern die Kluft zwischen den Völkern auf der einen, und den internationalen Machtstrukturen auf der anderen Seite wird immer größer und die politische Kräfte von Links und Rechts halten zu der einen, oder zu der anderen Seite. Das stellt eine wichtige Entwicklung dar, wenn Lafontaine und Gauweiler eine ähnliche Position beziehen. Diese Entwicklung begrüßen wir Muslime und positionieren uns in den Reihen der Völker und deren wahren Vertretern. Die Entscheidung des Bundesrates zum Lissabonvertrag sowie die Bundestagswahlen am 27. September werden unsere Zukunft weitestgehend bestimmen. Wir müssen uns bei diesen entscheidenden Ereignissen mit allen Kräften, die sich auf die Seite der Gerechtigkeit, der Vernunft und der Menschlichkeit stellen, verbünden.

Eine Außenpolitik der EU, die die Rechte der islamischen Völker missachtet, brutale Kriege gegen sie führt, und nur den unberechtigten Interessen der Zionisten und ihren amerikanischen sowie englischen Verbündeten dient, darf nicht in unserem Namen geschehen.

Die noch amtierende Bundesregierung hat unsere Soldaten nach Afghanistan geschickt, und die Kriegsverbrechen Israels begrüßt. Sie will im nächsten Jahr weitere Atom-U-Boote nach Israel liefern und den atomaren Schlag gegen islamische Länder, der die gesamte Welt betreffen wird, dadurch ermöglichen. Diese Politik der CDU und der SPD gefährdet erheblich den Weltfrieden, für den wir hier eintreten. Wir haben die Brutalität und den Wahnsinn der israelischen Regierung im Gazakrieg zum neuen Jahr nicht vergessen. Das zionistische Regime hat damit noch einmal ihre Gefährlichkeit für den Weltfrieden unter Beweis gestellt. Wer kann garantieren, dass diese Verbrecherbande ihre, aus unseren Steuergeldern finanzierte Atommacht nicht tatsächlich einsetzt, oder in der Zukunft diese Macht nicht zur Erpressung der EU missbraucht? Wir haben bei diesen Menschen keine Spur der Menschlichkeit, Vernunft und Gerechtigkeit feststellen können.

Diese gefährliche Außenpolitik der CDU und der SPD dürfen wir am 27. September nicht mit unseren Stimmen bewilligen.

Die globale Ungerechtigkeit hat uns Europäern mit der Finanzkrise gezeigt, dass sie skrupellos auf einen Schlag Millionen von Menschen in die Armut treiben kann. Es wurden Existenzen vernichtet und traditionelle Familienunternehmen wurden in den Ruin getrieben. Hunderttausende Menschen wurden und werden arbeitslos. Wer trägt eigentlich die Verantwortung dafür, wenn nicht die Bundesregierungen der letzten Jahre? Wir können von

den Verursachern des Problems keine Lösungen erwarten. Deswegen müssen wir mit unseren Stimmen am 27. September für einen Kurswechsel in der Politik sorgen.

Unseren wahren Interessen müssen wir nicht am Hindukusch, sondern in Berlin und im Kanzleramt verteidigen. Jeder weiß inzwischen, dass seit dem Angriff der Alliierten auf Afghanistan, bei dem die Bekämpfung der Taliban und die Rauschgiftproduktion als Vorwand angegeben wurden, ebendiese Rauschgiftproduktion und der Einfluss der Taliban sich vervielfacht haben. Und dafür mussten unsere Soldaten ihr Leben geben! Deswegen fordern wir den Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan. Deutsche Soldaten dürfen nicht als Kanonenfutter der Amis eingesetzt werden.

Was Gaza betrifft: die Belagerung dieses größten Freiluftgefängnisses der Welt muss durchbrochen werden. Angesichts der Verbrechen der israelischer Armee gegen die Menschlichkeit in Gaza, fordern wir von der Bundesregierung und von der EU die Lieferung bestimmter Waffensysteme an die Regierung in Gaza zur Selbstverteidigung gegen die unmenschlichen Luftangriffe gegen die wehrlose Bevölkerung. Gerade wegen unserer deutschen Vergangenheit dürfen wir einen Genozid, egal an welchem Volk der Welt nicht zulassen.

Wir fordern die Abschaffung aller Atomwaffen. Dafür soll in einem ersten Schritt die gefährlichste und unberechenbarste Atommacht, nämlich das Militärregime in Israel, atomar entwaffnet werden.

Nun ein Wort zu den nichtmuslimischen Mitbürger:

Wir Muslime, und ich spreche hier insbesondere für die Muslime schiitischer Glaubensrichtung, fühlen uns aus unserer religiösen Überzeugung heraus zur Einhaltung des Grundgesetzes, als Grundlage des Gemeinwesens, verpflichtet. Manche Kreise versuchen euch einzureden, dass wir bei der ersten Gelegenheit die Bundesrepublik abschaffen und einen Islamischen Staat in Deutschland aufbauen möchten. Mit diesem Schwachsinn versucht man uns als eine Gefahr darzustellen, damit ihr von den Machtkreisen, von denen die eigentliche Gefahr ausgeht, abgelenkt werdet. Der Zionismus basiert auf Rassismus und ist absolut undemokratisch. Deswegen agieren die Zionisten nicht offen und ehrlich. Sie haben längst die etablierten Parteien unterwandert und gewinnen immer mehr an Einfluss.

Eine Folge davon sind die Behördenschikanen gegen uns Muslime, insbesondere gegen die Schiiten. Ihr solltet wissen, dass die Teilnehmer der Qudsdemonstration mit Nachteilen und einem Einschnitt in ihre Bürgerrechte zu rechnen haben. Wir fordern das Kanzleramt und den Innenminister Schäuble auf, die internen Erlasse gegen uns zurückzunehmen und unsere im Grundgesetz festgeschriebenen Rechte zu respektieren.